



Schwarz auf Weiss aus Berlin

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Sabine Weiss für Alpen, Hamminkeln, Hünxe, Kamp-Lintfort, Rheinberg, Schermbeck, Sonsbeck, Voerde, Wesel, Xanten



Ausgabe 42/2011

16. Dezember 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzte Sitzungswoche in einem ereignisreichen Jahr neigt sich dem Ende zu. Insbesondere die zweite Jahreshälfte mit all den dramatischen Ereignissen und wichtigen Entscheidungen um unsere gemeinsame Währung war für alle sehr anstrengend. Gerade die letzten beiden Tage hatte ich doch irgendwie ein bisschen das Gefühl, dass die Luft bei den meisten meiner Kollegen und Kolleginnen – mich eingeschlossen – raus ist.

Aber auch wenn die Euro-Schuldenkrise noch lange nicht ausgestanden ist und sicherlich auch 2012 aufregend wird, so sehe ich dennoch mit großer Zuversicht dem neuen Jahr entgegen. Deutschland steht blendend dar: Die Arbeitslosenquote ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, unsere Wirtschaft boomt. Deutschland ist die Wachstumslokomotive in Europa. Mit über 41 Millionen Beschäftigten haben so viele Menschen einen Job wie niemals zuvor. Mit dem erfreulich starken Aufschwung in den letzten beiden Jahren haben wir den Einbruch der Jahre zuvor wieder wettgemacht. Unsere Bundeskanzlerin wird gemeinsam mit unserem Bundesfinanzminister alles dran setzen, einen für Deutschland guten Weg aus der Euro-Schuldenkrise zu finden. Mit dem vergangene Woche beim Euro-Gipfel von unsere Bundeskanzlerin hart erkämpften Durchbruch zur Stabilitätsunion sind wir bei der Lösung der Krise einen guten Schritt weitergekommen.

Meine Zuversicht für das Jahr 2012 in unser Land, in seine Bürger und in unsere Regierung lasse ich mir nicht nehmen – auch nicht von den ganzen Berufspessimisten und leidenschaftlichen Schwarzsehern, die derzeit die politischen Talkshows mit ihren apo-

kalyptischen Endzeitszenarien bevölkern.

Hätte ich jedoch Wünsche frei, so wäre einer sicherlich: Ein bisschen mehr Vertrauen und Zuversicht und weniger Pessimismus für alle! ☺

Ich freue mich nun auf ein besinnliches Weihnachtsfest im Kreise meiner Familie und ein bisschen Zeit zum Innehalten fernab vom politisch hektischen Berlin. Ich denke, sie nehmen es mir nicht übel, wenn ich gestehe, dass ich hoffe, über Weihnachten nicht mit der Euro – Stabilisierung und den Rettungsschirmen konfrontiert zu werden. Direkt nach Weihnachten fahre ich dann für 14 Tage auf die Philippinen. Ich tausche also die große Bühne der deutschen Entwicklungszusammenarbeit mit der praktischen und konkreten Arbeit vor Ort. Das erdet und macht den Blick wieder frei für das wirklich Wesentliche.

Danach werde ich voller Tatendrang und mit nach wie vor viel Freude an meiner Arbeit in das neue parlamentarische Jahr starten. Ich danke Ihnen allen von Herzen für Ihre Unterstützung meiner Arbeit und Ihre rege Beteiligung.

Über die zahlreichen E-Mails und Schreiben aus meinem Wahlkreis in diesem Jahr habe ich mich sehr gefreut, von Politikverdrossenheit im Kreis Wesel kann man wahrlich nicht sprechen und das macht mich sehr froh. Ich hoffe, Sie bleiben mir auch im neuen Jahr gewogen sowie so interessiert und aktiv beteiligt an der Politik.

Ich wünsche Ihnen einen besinnlichen vierten Advent, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches und gesundes Jahr 2012.

Mit herzlichen Grüßen

Sabine Weiss



In dieser Ausgabe:

- Brief an die Leser
- Im Plenum
- Daten und Fakten
- Zu guter Letzt

Impressum:

Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/227-77720

Telefax: 030/227-76720

E-Mail:

sabine.weiss@bundestag.de

Im Plenum

Am Mittwoch hat die Bundeskanzlerin eine Regierungserklärung zu den **Ergebnissen des Europäischen Rates vom 8./9. Dezember 2011 in Brüssel** abgegeben.

Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat am Donnerstag eine **Regierungserklärung** zum Thema „**Eigenverantwortung und Partnerschaft – Eine neue Perspektive für Afghanistan**“ abgegeben. Zudem haben wir in dieser Woche die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF)** beraten. Der VN-Sicherheitsrat hat das Mandat, das Grundlage des deutschen Engagements ist, am 12. Oktober 2011 auf inhaltlich unveränderter Grundlage bis zum 13. Oktober 2012 verlängert. Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen.

Am Freitag hat uns Bundesumweltminister Norbert Röttgen im Rahmen einer **Regierungserklärung** über die Verhandlungen und **Ergebnisse des Klimagipfels in Durban** unterrichtet.

Wir debattierten in dieser Woche den **Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011**. Der Bericht gibt in verschiedenen Kapiteln einen Überblick über den Stand der Deutschen Einheit. Das ostdeutsche Bruttoinlandsprodukt ist mittlerweile von 43 auf 73 Prozent des westdeutschen Niveaus gestiegen. Im Vergleich zu strukturschwächeren westdeutschen Ländern liegt das Niveau der ostdeutschen Flächenländer inzwischen bei 83 Prozent. Auch die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Ländern hat sich mit jetzt unter einer Million Arbeitslosen fortgesetzt. Die neuen Länder werden bis 2030 voraussichtlich ein Drittel und bis 2050 sogar die Hälfte ihrer Bevölkerungszahl von 1991 verloren haben. Bei den Herausforderungen des demographischen Wandels können sie eine innovative Pilotfunktion übernehmen.

Mit dem Antrag **Wehrhafte Demokratie stärken** begrüßen wir die von Bund und Ländern getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder wird die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren zum Verbot der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht klären. Desweiteren prüft eine Bund-Länder-Kommission aus vier Experten, wie zukünftig verhindert werden kann, dass eine Terrorgruppe über Jahre unerkannt schwerste Straftaten begeht. Wir begrüßen, dass die Aufklärung zusätzlich durch einen Sachverständigen nach § 7 PKGrG unterstützt wird, der dem parlamentarischen Kontrollgremium des Deutschen Bundestages berichtet. Wir sind entschlossen, sowohl die politisch-gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten und ihren Verbündeten vertieft fortzusetzen, als auch die unabdingbaren Konsequenzen für die Arbeit der Sicherheitsbehörden rasch zu ziehen.

Mit dem in erster Lesung beratenen **Gesetz zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches zum besseren Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher vor Kostenfallen im elektronischen Geschäftsverkehr** werden Unternehmen im elektronischen Geschäftsverkehr verpflichtet, zukünftig klar, verständlich und unmittelbar vor Abgabe der Bestellung über den Gesamtpreis einer Ware oder Dienstleistung zu informieren.

Daten und Fakten

Deutschland setzt auf Forschung. Die deutsche Wirtschaft hat im Jahr 2010 insgesamt 46,93 Mrd. Euro in interne Forschung und Entwicklung (FuE) investiert – 3,7% mehr als im Jahr 2009. Damit blieb die Quote der FuE-Aufwendungen der Wirtschaft als Anteil am Bruttoinlandsprodukt BIP praktisch auf dem Stand des Vorjahres bei 1,89%. Zusammen mit den staatlichen Aufwendungen beläuft sich die Quote auf geschätzt 2,82%. Nach den neuesten Plandaten haben die Unternehmen im Jahr 2011 rund 49,34 Mrd. Euro für FuE aufgewendet, 2012 werden es voraussichtlich sogar 49,9 Mrd. Euro sein. Im europäischen Durchschnitt lag die FuE-Quote geschätzt nur bei 1,9%. Staaten wie Schweden, Finnland, Japan oder Korea aber liegen über der 3%-Marke, und China holt weiter kräftig auf. Von 1995 bis 2009 hat China den Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt von 0,57 auf 1,7% mehr als verdreifacht. (Quelle: Stifterverband für die deutsche Wissenschaft)

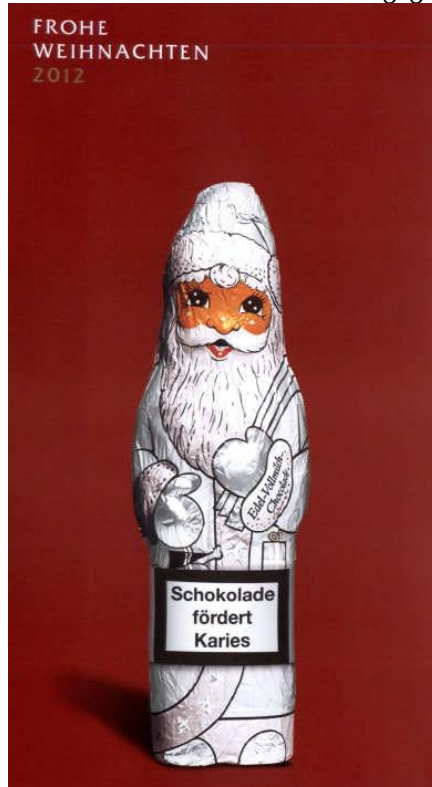
Dauer der Beschäftigungsverhältnisse konstant. Rein statistisch betrachtet werden die Arbeitsplätze in Deutschland alle drei bis vier Jahre neu besetzt. Diese Fluktuationsrate von 25 bis 30% ist seit Jahrzehnten mehr oder weniger konstant und wird nur durch konjunkturelle Schwankungen leicht beeinflusst. Gleichwohl gibt es Beschäftigtengruppen, die wechselfreudiger sind als andere: Jüngere, Hochqualifizierte oder Menschen ohne Migrationshintergrund weisen in der Regel eine höhere Mobilität auf als andere Personengruppen. Rechnerisch treten die 15- bis 24-Jährigen alle zwei Jahre eine neue Stelle an, während die Generation 50plus dies nur alle sechs Jahre tut. Auch Qualifizierte wechseln häufiger: Bei Uni-Absolventen ist die Wechselwahrscheinlichkeit um fast ein Drittel höher als bei Arbeitnehmern mit abgeschlossener Berufsausbildung. Eine Ursache ist, dass sich für Hochqualifizierte der Antritt einer neuen Stelle oft auch finanziell mehr lohnt als für Bewerber, die einen Lehrabschluss in der Tasche haben. (Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Zu guter Letzt:



Zeichnung: Sakurai

Diese witzigen Weihnachtsgrüße der Zigarettenfirma Reemtsma sind heute in meinem Büro eingegangen



Ein frohes Fest und ein gutes Jahr 2012
wünschen Sabine Weiss und ihr Team

